

Die

Die deutschnational-christlichsoziale Konferenz.

Ernährungs- und Finanzfragen.

Wien, 9. November.

Im Gemeinderatssaal des Wiener Rathhauses fand heute die gemeinsame Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes über die Fragen der Ernährung und der staatlichen Finanzen statt. Die Beratungen begannen um 10 Uhr vormittags und wurden nach einer Mittagspause bis halb 7 Uhr abends fortgesetzt.

Ansprache Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Versammlung namens der Einberufer mit einer Begrüßungsrede, in der er ausführte: Wichtige Tagesfragen stehen zur Erörterung. Ebenso wichtig ist es aber, daß durch diese Tagung der große Gedanke der Zusammenfassung aller deutschen Kräfte zum lebendigen Ausdruck kommt. (Lebhafte Beifall.) Mehr denn je ist es in dieser schweren und ersten Zeit unsere Pflicht, diesen Gedanken zu verwirklichen. Das deutsche Volk — und nicht bloß in Oesterreich — kämpft um sein Dasein und um seine Ehre. Wir haben gewiß alle Ursache, fest und treu in Liebe zu unserem Volke zusammenzufestehen. Vollbewußt ihrer Verantwortung haben sich die Vertrauensmänner des deutschen Volkes hier zusammengefunden und sind bereit, alles Trennende zurückzustellen und sich in Treue und Liebe zum deutschen Volke zu einigen. Die Blutopfer unserer Söhne und Brüder auf den Schlachtfeldern legen uns heilige Verpflichtungen auf. Dieser Verpflichtungen eingedenk, wollen wir an unsere Arbeit schreiten. Heil dem deutschen Volke! (Lebhafte Beifall, Säbelstücken und Gestecke.) Hierauf wurde die Wahl des Präsidiums der Versammlung vorgenommen und Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Abgeordneten Dr. Groß und Schräffl in den Vorsitz gewählt.

Ernährungsfragen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Ernährungsfragen in Staat, Land und Gemeinde“ sprechen als Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Freißler, Dr. Damm, Landesauschuß Stöckler und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. An der Besprechung beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Schreiner und Sumner.

Dr. Freißler über die Organisationsmängel.

Abg. Dr. Freißler übt in einer Rede eine überaus scharfe Kritik an den bisherigen Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und an dem Verhalten Ungarns gegenüber Oesterreich in dieser Frage. Er befaßt sich auch mit der Valutafrage und unterzieht die verschiedenen Zentralen, namentlich die Devisenzentrale, einer sehr scharfen Beurteilung. Auch gegen die Haltung der Banken wendet sich der Redner mit großer Entschiedenheit. Trotz seiner im allgemeinen pessimistischen Auffassung glaubt er doch, daß der Wille zum Durchhalten besteht, daß es möglich sein wird, das Auslangen zu finden, wenn entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Redner wendet sich namentlich gegen verschiedene Mitteilungen, daß eine Herabsetzung der Brotkarte beabsichtigt werde.

Er wünscht die Differenzierung der Brot- und Mehlkarten sowohl nach dem Alter als auch nach einer sozialen Abstufung, da Personen mit höherem Einkommen sich leichter Ersatzmittel für Mehlprodukte leisten können; weiter wünscht er die Einbeziehung der gewerblichen Kontingente in die Brot- und Mehlkarten des einzelnen, weil die Vermögenden neben der ihnen zukommenden Kopfquote auch noch in den Gasthäusern den Verbrauch vermehren. Er wünscht eine gänzliche Aenderung des Verteilungsapparats auf rein staatlicher Grundlage mit Ausschluß aller kleineren Organisationen und erwähnt als besonders schädlich die

Kohle, die Einkaufsgenossenschaft der Journalisten, der Gardeoffiziere, der Ministerien und der Banken und verweist darauf, daß das Nachgeben des Ministeriums gegenüber derartigen Vereinigungen den Unwillen der Bevölkerung erzeuge.

Vor allem anderen verlangt er aber, daß nicht eine Einzelverteilung der Nahrungsmittel stattfinden, sondern der Speise. Die Kriegsläden bedingen einen Mehrverbrauch außerhalb der Bezugsarten, namentlich an Ersatzmitteln, und er verlange dementsprechend eine entsprechende Kürzung der Bezugsarten für jene, die an den Kriegsläden teilnehmen. Schließlich verlangt er die Sozialisierung des Kochprozesses, das heißt, er wünscht, daß alle oder wenigstens die Hauptmahlzeiten für die gesamte Bevölkerung in gemeinschaftlichen, staatlich beaufsichtigten Küchen hergestellt werden sollen. Im Zusammenhang damit fordert er die Errichtung eines staatlichen Ernährungsamtes mit uneingeschränkter Exekutive, eine in Oesterreich und Ungarn gleichartige Feststellung der Richtlinien der Ernährungspolitik, die völlige Aenderung des derzeitigen Verteilungssystems und die Bekennnispflicht an Goldvorräten und österreichischen Werten seitens der Banken.

Abg. Dr. Damm entwirft ein weniger pessimistisches Bild hinsichtlich unserer Getreidevorräte. Auch er übt ziemlich scharfe Kritik an dem Vorgehen der Zentralstellen, bespricht die bedenklichen Wirkungen verschiedener Verordnungen, die sich in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht durchführen lassen, und tritt hauptsächlich für eine Vermehrung der Produktion ein.

Landesausschuß Dr. Stöckler beschäftigt sich auf das eingehendste mit der landwirtschaftlichen Produktion und den sich derzeit bietenden Verhältnissen.

Dr. Weiskirchner über die Versorgung Wiens.

Als letzter Referent weist Dr. Weiskirchner an einer großen Zahl typischer Beispiele nach, daß die Erlassung lokaler Höchstpreise nicht zum Ziel führen kann, ohne daß gleichzeitig das Verfügungsrecht über die Nahrungsmittel vom Staat in Anspruch genommen wird. Die Höhe der Preise müsse übrigens den Produktionskosten angemessen festgestellt werden, da sonst Marktlücke eintrete. Redner erörtert sodann die ganz besonderen Schwierigkeiten, die sich bei der Approbationierung Wiens ergeben, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß der nötige Zusammenhang zwischen Militär- und Zivilbehörden fehle. Er weist das an einer großen Reihe praktischer Beispiele nach.

Auch das Verhalten Ungarns uns gegenüber beleuchtet er an Hand von Daten und wendet sich schließlich mit großer Schärfe dagegen, daß die Mehlfrage zu einem Politikum gemacht wird, weiter gegen die Tatsache, daß vielfach Interessenten bei der Entscheidung wichtiger Nahrungsmittelfragen sogar gewisse Berufsstände vertreten. Schließlich verweist Redner auf das Beispiel Deutschlands, wo zwar auch ab und zu Fehler gemacht wurden, doch glaube er, daß in Deutschland die Verhältnisse dennoch besser seien, weil dort eine viel stärkere Betätigung des Gemeinwils die Durchführung der notwendigen Maßnahmen erleichtere. Mit den Ausführungen Dr. Freißlers sei er im großen und ganzen einverstanden, doch müsse er wünschen, daß die für die Kriegszeit verlangten Maßnahmen nicht auch im Frieden zu einer dauernden Einrichtung würden.

Abg. Sumner verweist darauf, daß die Kritik des Abg. Dr. Freißler auf der Annahme fuße, daß die Freißlerschen Vorschläge die einzig richtigen seien. Man könne wohl nicht daran denken, jetzt plötzlich das ganze Verteilungssystem zu ändern, und es gebe auch nicht gut an, auf die bisherigen Verkaufsorganisationen, namentlich aber auf den Gewerbestand, zu verzichten. Die Sozialisierung der Küche hält Redner für undurchführbar, und er stellt es daher anheim, sich darüber klar zu werden, ob man nicht mit mehr Aussicht auf Erfolg einen besseren Ausbau des bestehenden Systems verlangen solle.

Beschlüsse.

Das Ernährungsamt.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

1. Die Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Amtsgewalten in ein staatliches Ernährungsamt, das die Anordnungen nicht nur auszuführen, sondern zu treffen berechtigt ist, wird nach wie vor als entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Volksernährung bezeichnet. Das jüngst beim Ministerium des Innern errichtete Ernährungsamt entspricht dieser Forderung nicht.

Gemeinsame Richtlinien in Oesterreich und Ungarn.

2. Die beiden Reichshälften der Monarchie, nicht nur durch Sinn und Wortlaut der bestehenden Verträge und durch jahrzehntelange Wirtschaftsbeziehungen, sondern durch den Ernst der Zeit auf einen gegenseitigen Gütertausch angewiesen, müssen sich endlich auf gemeinsame Richtlinien in der Ernährungspolitik vereinigen. Der Regierung obliegt es als erste Pflicht, von deren Erfüllung die höchsten Staatsinteressen abhängig sind, diese Aufgabe durchzuführen.

Weitere Ersparungen im Konsum.

3. Die Lage der Lebensmittelmärkte wird ein Durchhalten nur dann ermöglichen, wenn rasch und planvoll weitere Ersparungen beim Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel angeordnet werden.

4. Die Entwicklung des Verteilungsvorganges ist planlos und bedenklich. Das Durcheinander aller möglichen Organisationsgrundsätze muß abgestellt werden.

Die Gemeinwirtschaftliche.

5. Ueberhaupt begegnet die Aufteilung der Lebensmittel in einzelne kleine Kopfquoten täglich wachsenden, in kurzer Zeit vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten. Der einzige Ausweg, von dem allerdings mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er zum Erfolg führt, besteht in einer möglichst raschen Sozialisierung der Küchenwirtschaft. Jedoch hätten diese Kriegsküchen — wie übrigens auch die Gastgewerbe — nicht neben dem Bezugsartenystem zu bestehen, sondern nach Möglichkeit an dessen Stelle zu treten.

Einfuhren aus dem Ausland.

6. Um die Stärkung der heimischen Lebensmittelvorräte durch Einfuhren aus dem Ausland auch für die Folge nach Möglichkeit zu sichern, hat die Regierung auf die Valutapolitik rasch und rücksichtslos in dem Sinne einzuwirken, daß die Einfuhr von Luxusartikeln ebenso verboten werde wie die heute noch freie Ausfuhr österreichischer Werte, und daß durch eine allgemeine, selbstverständlich auch für die großen Geldorganisationen geltende Bekennnispflicht über den Besitz ausländischer Zahlungsmittel diese dem öffentlichen Interesse dienlich gemacht werden.

Hebung der Produktion.

Kerner wurde nach einem Antrag des Abg. Dr. Schreiner nachstehender Beschluß gefaßt:

Im Hinblick darauf, daß die Menge der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel sehr beschränkt ist,

daß aber die Erzeugung derselben einer Steigerung fähig ist, und daß die diesfalls zu ergreifenden Maßnahmen nicht nur für die nächste Ernte, sondern auch noch in dem laufenden Verbrauchsjahr mit Erfolg einsetzten können, wird die Regierung dringend aufgefordert, bei der in Aussicht stehenden Neuorganisation des Ernährungsamtes auch auf die Hebung der Erzeugung gebührende Rücksicht zu nehmen und in diesem Amte eine eigene Abteilung für die Hebung der Produktion zu bilden.

Finanzielle Zukunftsfragen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege“ erstatteten Berichte die Abgeordneten Dr. Steinwender, Dr. Matzka, Dr. Urban, Dr. Bobirsky, Dr. Freiherr v. Fuchs und Dr. Waldner. Dann ergreift zu diesem Punkt noch Abg. Sumner das Wort.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Die am 9. November 1916 im Sitzungssaal des Wiener Rathhauses versammelten Reichsratsabgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter stellen nach eingehender Erörterung der durch den Krieg herbeigeführten finanziellen Lage, insbesondere im Hinblick auf Teuerung und Lebenshaltung, folgende Forderungen auf:

Provisorische Kriegsteuern.

1. für den Staatskredit und zur Einschränkung weiterer Verschuldung volle Deckung des Zinsenerfordernisses zunächst durch Maßregeln vorwiegend provisorischer Natur wie durch eine neue, weitgehende Kriegsgewinnsteuer, durch einen weiteren Ausbau der Kriegszuschläge, durch Erschließung neuer Einnahmen unter starker Heranziehung der besonders leistungsfähigen und scharfe Kontroll- und Strafbestimmungen;

Vermögensabgabe nach dem Kriege.

2. eine endgültige Regelung der Finanzen nach dem Kriege, die allerdings ohne Verminderung des Schuldenstandes durch eine einmalige Vermögensabgabe unmöglich erscheint;

Schutz des Mittelstandes.

3. bei allen neuen Maßnahmen sozialpolitische Rücksichten; diese Maßnahmen dürfen weder den Ausbau der Teuerung hindern noch die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung herabdrücken und müssen der „Aufsagung“ des Mittelstandes und der selbständigen Untermehrmungen überhaupt und der Herrschaft des Finanzkapitals entgegenwirken;

Belämpfung der Korruption.

4. die schärfste Belämpfung der mit der Herrschaft des Finanzkapitals gestiegenen Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Reform der Krankenversicherung.

Abg. Albrecht brachte die Fragen der Krankenversicherung zur Sprache und beantragte nachstehende Entschliessung:

Die im Wiener Rathaus tagende gemeinsame Versammlung der deutschbürgerlichen Parteien Oesterreichs bezeichnet die Abänderung des veralteten Krankenversicherungsgesetzes schon mit Rücksicht auf die vollständig geänderten Verhältnisse und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft als dringend. Die beabsichtigte Schaffung freier Krankenkassenverbände findet die Billigung der Versammlung; gleichzeitig verpflichten sich die deutschbürgerlichen Parteien zur vollen Unterstützung der auf deutschbürgerlicher Grundlage zu errichtenden Verbände.

Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Der Zusammenschluß der Deutschen.

Hierauf hielt Abg. Dr. Groß folgende Schlussrede:

Heute vormittags hat der Bürgermeister der Reichshauptstadt dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die heutige Versammlung dazu dienen möge, den Zusammenschluß der deutschen Parteien zu fördern und uns die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele zu erleichtern. Ich glaube, durch den Verlauf der Versammlung ist diese Hoffnung vollständig erfüllt worden. Es hat sich gezeigt, daß in den wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die für die nächste Zukunft für das Durchhalten während des Krieges und für die künftige Gestaltung unserer Finanzen entscheidend sind, zwischen uns eine erfreuliche Uebereinstimmung herrscht. Wir alle empfinden es schmerzhaft, daß unser Vaterland der einzige unter den kriegsführenden Staaten ist, in dem die Bevölkerung keinen Anteil an der Regierung hat. Eine Versammlung wie die heutige kann natürlich für das Parlament keinen Ersatz bieten, aber ich glaube doch, daß keine Regierung die Stimme der deutschbürgerlichen Parteien ungehört verhallen lassen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Uebereinstimmung beschränkt sich aber nicht auf wirtschaftliche Fragen, sondern sie erstreckt sich auch auf wichtige nationale Forderungen, die wir durchsetzen müssen, wenn nicht die Ströme deutschen Blutes, die geflossen sind, umsonst vergossen sein sollen. Wir haben schon vor mehr als Jahresfrist diese unsere Forderungen gemeinsam festgestellt. Ich glaube, es ist an der Zeit, diese Forderungen zu wiederholen, aber auch eine Einrichtung zu schaffen, die bestimmt ist, die nötigen Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen zu tun und den Zusammenhang zwischen den beiden Parteien aufrechtzuerhalten. Das kann durch einen gemeinsamen Ausschuss geschehen, wie solche schon wiederholt in verschiedenen Formen bestanden haben. Ich schlage Ihnen daher folgende Entschliessung vor:

Die Forderungen der Deutschen.

„Die heute versammelten deutschbürgerlichen Abgeordneten erklären, unerschütterlich an ihren Forderungen hinsichtlich der Neuordnung der Dinge in Oesterreich, insbesondere an der Forderung des engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges mit dem Deutschen Reich, der Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich unter Einführung der deutschen Staatsprache wie der Sonderstellung Galiziens und infolge derselben eines arbeitsfähigen Reichsrates festzuhalten. Da diese Forderungen ebenso sehr im Interesse des Staates als des deutschen Volkes gelegen sind, erwarten die heute versammelten Abgeordneten, daß die kürzlich ins Amt getretene Regierung ungehindert die nötigen Maßregeln zur Verwirklichung dieser Forderungen ergreifen werde. Zur weiteren Verfolgung dieser Forderungen sowie zur Wahrnehmung aller gemeinsamen Interessen wird ein aus folgenden Herren zusammengesetzter Ausschuss entsendet: Damm, Freißler, Fuchs, Gehmann, Groß, Kaiser, Germansky, Prinz Liechtenstein, Pacher, Schmid, Schräffl, Steiner, Steinwender, Stöckler, Stöckel, Urban, Weiskirchner und Wolf.“

Auch diese Entschliessung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende Abg. Dr. Groß die Versammlung mit Worten des Dankes an den Hausbesitzer, Bürgermeister Dr. Weiskirchner.